

Correspondent

Er scheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich eine Mart.

35. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 24. Juni 1897.

№ 70.

Achtung! Bestellungen auf das III. Lz. 1897 des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Zur Aufklärung.

Auf dem „Kongresse“ der Tarifgemeinschaftsgegner haben die aus dem Verband ausgeschlossenen Komitemitglieder eine Erklärung erlassen, laut welcher sie sich gegen den Vorwurf verwehren, den Verband der Deutschen Buchdrucker und den Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen demunziert zu haben.

Infolge verschiedener Anfragen teilen wir zur Information der Mitglieder folgendes mit: In der Erwiderung Gafsch's und Gen. auf unsre Klagebeantwortung wegen des Ausschlusses der Leipziger Oppositionsführung, in welcher wir erklärten, daß in Leipzig eine Mitgliedschaft des Verbandes nicht bestehen dürfe, sondern die dortigen Kollegen unsrer Organisation nur als Einzelmitglieder angehören, mithin ein Ausschluß durch die Mitgliedschaft nicht erfolgen könne, behaupten die Ausschlossenen in ihrer Replik dem Gerichte gegenüber:

daß in Leipzig eine Mitgliedschaft des Verbandes doch bestehe;

daß dieselben Personen, die früher die Mitgliedschaft Leipzig gewählt habe, heute noch die Bevollmächtigten des Vorstandes seien;

daß die Aufnahme von Mitgliedern durch diese Bevollmächtigten geschehe;

daß die Bevollmächtigten tatsächlich dem Geiste des Statuts nach an die Stelle des Gauvorstandes treten; wörtlich heißt es dann weiter:

„wenn es daher auch richtig ist, daß in Leipzig im wörtlichen Sinne kein Gauvorstand existiert und durch einen solchen der Ausschluß der Kläger nicht erfolgen konnte, so existiert doch eine Mitgliedschaft in Leipzig und zwei Bevollmächtigte.“

Wir erklären dem gegenüber, um Schädigungen der Leipziger Mitglieder zu vermeiden:

daß in Leipzig nur Einzelmitglieder vorhanden sind;

daß die Bevollmächtigten, Kollegen Eichler und Nitschke, von uns als solche ernannt sind, weil sie sich zu den Klemern qualifizieren, nicht weil sie früher eine ähnliche Tätigkeit in dem z. B. bestehenden Gau Leipzig ausübten;

daß die Aufnahme und Ausschlüsse von Mitgliedern, wie durch die Korrespondenz bewiesen werden kann, stets auf Antrag der Bevollmächtigten durch den Verbandsvorstand erfolgte;

daß die Bevollmächtigten nicht die Rechte des Gauvorstandes ausüben, und

daß mithin eine Mitgliedschaft des Verbandes in Leipzig nicht existiert.

Wir enthalten uns jeder weiteren Bemerkung über die Beweisführung der Herren Gafsch und Gen. und überlassen den Mitgliedern, sich ein Urteil über diese Forderung der Verbandsinteressen selbst zu bilden.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell

hat seinem Ruhmeskranz ein neues Blatt hinzugefügt. Auf der schiefen Ebene eines gewaltthätigen, haltlosen, wider die klarsten Bestimmungen seines Statuts verstoßenden Beschlusses angekommen, wird

das Kartell immer weiter in seiner Buchdruckerfeindschaft getrieben. Der Wurm aber sitzt darin, und wie lange noch, und es wird auch im Kartell alles, was vergänglich ist, zu Grabe getragen werden. Das zielbewußte Geschenk, mit dem Gafsch das Leipziger Kartell beglückt hat, beginnt nach klassischem Muster den Herren im Kartell un bequem zu werden, denn in jeder Sitzung gibt es eine Buchdruckerdebatte. Aber das Leipziger Kartell findet jederzeit einen Ausweg durch Fassung „prinzipieller“ Beschlüsse.

Wir erinnern zunächst an die Broschüre des Herrn Gafsch: „Die neue Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, ein nationalliberal-gouvernementales Kuckucksei für die Arbeiterbewegung. Ein Betreiben, hinauslaufend auf die Unterbindung des Koalitionsrechtes.“ — Durch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker — wurde prophezeit — würde alle Bewegungsfreiheit der Arbeiter konfisziert werden, da durch die Tarifgemeinschaft „alle Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter auf gewerkschaftlichem Weg auf unabsehbare Zeit versperert wird!“ Das Leipziger Kartell hatte daher im September vorigen Jahres nach einem „Vortrage“ des Herrn Gafsch den prinzipiellen Beschluß gefaßt, wonach die Mitglieder des Kartells sich verpflichteten: „jeder festlegenden, zeitbestimmenden und auf Gegenseitigkeit beruhenden Tarifgemeinschaft innerhalb ihrer Gewerkschaft mit größter Energie entgegenzutreten.“

Im April dieses Jahres erschienen die nach den Erfordernissen des Kartellstatuts gewählten Vertreter der Buchdrucker im Kartell, um ihre übernommenen Verpflichtungen auszuüben. Diese legal gewählten Vertreter wurden jedoch als solche nicht anerkannt und zwar auf der Grundlage folgender Resolutionen:

1. „In Erwägung, daß die Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Interessen und Weiterentwicklung der Organisation der Arbeiter schädigt, ist diejenige Gewerkschaft, die diesen Standpunkt vertritt, als nicht auf dem Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten. Da nun aber das Leipziger Gewerkschaftskartell auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, werden nur diejenigen Delegierten jeder Gewerkschaft anerkannt, welche obigen Anforderungen entsprechen.“ — 2. Das Kartell beschließt: „Diejenigen Vertreter der Buchdrucker, welche Anhänger der Tarifgemeinschaft sind, insobedessen auf Hirsch-Dunderschem Standpunkte stehen, nicht anzuerkennen, da diese Bestrebungen mit denen des Kartells nicht in Einklang zu bringen sind.“

Also zweimal, und zwar in nachdrücklicher Weise, hat sich das Kartell prinzipiell dahin ausgesprochen, daß diejenigen Vertreter, deren Gewerkschaft eine Tarifgemeinschaft eingegangen ist, vom Kartell nicht anerkannt werden können. Wir haben schon am 15. April in unserm Referat im Kriftallpalast ausgedrückt, daß das Kartell diese Beschlüsse lediglich gegen die Buchdrucker gefaßt habe und daß trotz des geheuchelten „Prinzips“ Herr Gafsch u. Gen. gar nicht daran denken würden, andere Gewerkschaften dementsprechend zu behandeln. Das Zutreffende unsrer Auffassung wird durch die jüngste Kartellsitzung bewiesen. Wir be-

richten diesbezüglich nach der Leipz. Volksztg. Es heißt da:

„Genosse Zinke berichtet über die abgeschlossene Tarifgemeinschaft der Buchdrucker und fordert die Abänderung der in der Sache gefaßten Resolution, andernfalls die Buchdrucker ihren Austritt aus dem Kartell erklären müßten. Genosse Kressin meint, es brauche nur eine Abstimmung darüber stattzufinden, ob die Töpfer und Buchdrucker als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten seien oder nicht. Die Resolution sei seiner Zeit nur auf die Buchdrucker-Tarifgemeinschaft zugeschnitten gewesen. Sie brauche deshalb auch nicht geändert zu werden. Der Vorsitzende teilt mit, daß in einer Besprechung des Vorstandes mit den Buchbindern diesen mit auf den Weg gegeben war, daß gegen die Buchdrucker in dieser Sache nichts vorliegt. Er schlägt vor, zu Protokoll zu nehmen, daß die Buchdrucker von dem Beschlusse bezüglich der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft nicht berührt worden sind. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.“

Das sind wohl klassische Proben für die Wandelbarkeit von Prinzipien. Vor einem Jahre noch war infolge der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker der gesamten Arbeiterschaft das Sterbeglocklein geläutet und drei „prinzipielle“ Resolutionen des Kartells bekräftigten dieses Todesurteil. Kommt aber nun so ein Schwererönder von Vertretern, der die Finger nicht von der Tarifgemeinschaft lassen konnte, ja Bauer, das ist ganz was andres, wenn der Vertreter kein Buchdrucker ist. Was also Herr Gafsch seit Jahr und Tag gepredigt, was das Leipziger Kartell als seinen unabänderlich prinzipiellen Standpunkt im Namen der modernen Arbeiterbewegung bezeichnet hat, ist auf Antrag der Herren Gafsch und Kressin am 14. Juni 1897 in aller Form weder als zutreffend noch als von prinzipieller Bedeutung erachtet worden. Wenn nunmehr die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker als für die übrigen Gewerkschaften nicht schädigend oder hemmend oder gar fesselnd anerkannt ist, da unsre Tarifgemeinschaft die anderen Organisationen in ihrer Weiterentwicklung nicht nur nicht stört, sondern bei ihnen die ihrerseits entrierte Tarifgemeinschaft nicht ausschließt, daß diese Verufe selbst noch nach Abschluß einer solchen „auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung“ stehen, mit welchem Rechte sollen sich dann die Gewerkschaftskartelle oder die übrigen Arbeiter in unsere rein internen Angelegenheiten mischen? Schrieb doch Herr Gafsch selbst in seiner Broschüre: „So lange die Buchdrucker nur selbst die für sie zurechtgemachte Rute der Harmoniefeligkeit zu fühlen bekommen sollten, war es ihre eigne Sache, ob sie dieselbe lässen wollten oder nicht.“ — Was bezweckt also Herr Gafsch durch seine zahlreichen Versuche, die anderen Arbeiter wider unsre Organisation aufzuheben?

Mehr und mehr wird Klarheit darüber eintreten, daß Herr Gafsch mit seinen Bestrebungen von Anfang an weder im Interesse unsrer Organisation noch in dem der Arbeiterschaft gehandelt hat. Die krampfhaften Anstrengungen des Herrn Gafsch, seinem persönlichen „Programme“ treu zu bleiben, werden zerschellen an dem Gemeinfinne der Kollegen, an den Traditionen unsrer Organisation, welche Herr Gafsch und seine Gefolgschaft überdauern werden.

gabe der Bestimmung des neuen Statuts von den in der Versammlung Anwesenden vorgenommen werden sollte, von welcher Neuerung ein Teil der hiesigen Kollegen gegenüber der früheren Urwahl — größtenteils vorgenommen in den Druckereten — sich sehr viel zu verpreden scheint. Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende den Anwesenden Kenntnis von dem Ableben der Kollegen Schmedemann und Georges, teilte des fernern mit, daß ein Kollege unter die Invaliden aufgenommen, und machte sodann Mitteilung über das am 11. Juli d. J. in Finkenwärd stattfindende Johannistfest, welches einer allseitigen Beteiligung sich erfreuen dürfte; alsdann erfolgte die Verlesung eines Artikulars der Kartellkommission des hiesigen Gewerkschaftsartikels bezüglich eines in den Tagen des 4. und 5. Juli hiesiger stattfindenden Gewerkschaftsfestes. Die anderen zur Beratung stehenden Fragen drehten sich ausschließlich um Interpretation und Aenderung der Statuten, deren Besprechung — weil es sich dabei lediglich um besondere, in den hiesigen Verhältnissen begründete Dinge handelt — in den Spalten unsers Organs unterbleiben kann, da sich für einen weitem Kollegenkreis an die Befanntgabe einer solchen Erörterung wohl kein besonderes Interesse knüpft. — Das Wahlresultat ist bereits im Corr. bekannt gegeben worden.

F. Hiertag. Am 12. Juni hatten sich die hiesigen Mitglieder recht zahlreich versammelt, um zu beraten, in welcher Weise die in letzter Zeit unter den hiesigen Kollegen bestehenden unhalbbaren Zustände beseitigt und das Band der Kollegialität wieder fester geknüpft werden könnte. Zunächst erstattete der von den hiesigen Mitgliedern zum Gantage nach Essen entsandte Spezialdelegierte (?) Dobbertin Bericht über die dort gepflogenen Verhandlungen in der bekannten Angelegenheit des Ortsvereins Hiertag; ergänz wurde dieser Bericht vom Bezirksdelegierten Kollegen Feg. Mit Befriedigung nahm die Versammlung Kenntnis von dem Gantageentscheide, wonach die betreffenden vier Mitglieder nicht berechtigt gewesen wären, wegen des Nacht-Abonnements für die Bibliothek aus dem Ortsverein auszutreten. Nachdem nun der Gantag in dieser Frage einen prinzipiellen Entscheid getroffen, hätte man doch erwarten sollen, daß die Gemüter sich nunmehr beruhigen würden, leider sollten wir bei der an der Gantageberichterstattung sich anschließenden Diskussion eines andern belehrt werden. Von einer Seite, die sonst mit der „Anständigkeit“ haufieren geht, wurde ein berattiger Tumult provoziert, daß es schließlich selbst unsern überwachenden Beamten zu bunt wurde und dieser mit Auflösung der Versammlung drohte. Erst nachdem das eskalierende sich entfernt hatte, konnte wieder mit einiger Ruhe in der Beratung der Tagesordnung fortgefahren werden. Betont wurde sodann, daß zur Hebung des kollegialen Verkehrs der Ortsverein neu zu gründen sei, welcher Ansicht nur von den f. B. Ausgetretenen widersprochen wurde. Der wegen der bekannten Vorfälle aufgelöste Ortsverein wurde alsdann neu gegründet und demselben das Vermögen des früheren Ortsvereins überwiesen. Das bisherige Statut ist auch für den neuen Ortsverein mit der in der Versammlung vom 24. April beschlossenen Aenderung des § 13 abgeändert. Nunmehr wurde zur Vorstandswahl geschritten. Der zur Wiederwahl empfohlene Vorstand des früheren Ortsvereins lehnte eine Wiederwahl unter Hinweis auf den zum Austrage gekommenen Konflikt mit dem Gauvorfand und dem Bezirksvorsitzer entschieden ab. Die Wahl zeltigte folgendes Resultat: G. Freise, Vorsitzender und Kassierer; G. Stegemann, Schriftführer; Wlb. Einsfelder, Bibliothekar; Bruno Knobelsdorff, Beisitzer. Sodann wurden die für die Bibliothek bis Ende d. J. zu abonnierenden Zeitschriften und Journale festgestellt und einige Angelegenheiten, das Johannistfest betr., geregelt. Dasselbe soll im Kreise der Mitglieder mit ihren Damen im Hahnischen Gartenlokal in der reizend gelegenen Grüne gefeiert werden. Die in den Händen einer Kommission liegenden Vorbereitungen versprechen ein gutes Gelingen des Festes, das zur Wiederbelebung der Harmonie unter den Kollegen Hiertags wesentlich beitragen dürfte. Auch für das notwendige Maß ist in bester Weise gesorgt worden; ein Festloster Dortmund wird am 27. Juni den dürftigen Buchdruckeretern zum kommunistischen Konsum überliefert werden. — Alsdann fand der Punkt „Verchiebenes“ seine Erlebigung und es schloß diese denkwürdige Versammlung, welche bereits um 9 Uhr abends begonnen hatte, nach 2 1/2 Uhr.

Jena. In einer der letzten Gewerkschaftsartikularsitungen befaßte man sich auf mehrfach laut geäußerte Wünsche auch mit dem bekannten Beschlusse des Leipziger Gewerkschaftsartikels, welcher in seiner Konsequenz den Ausschluß der „tarifgemeinschaftsunsüchtigen“ Buchdruckerdelegierten bedeutete. Die einleitenden Bemerkungen zu der stattfindenden Beratung gab ein selbstvertreter Vertrauensmann des Schneiderverbandes, welcher, nebenbei bemerkt, der Ansicht huldigt, „daß man den Buchdruckern eins abwischen müsse, wo sich die Gelegenheit bietet“. Angesichts dieses Umstandes hatte er denn auch wahrhaft schmerzliches Geschick angefahren, wohl Tag und Nacht von den Erfolgen seiner Agitation zur Rettung der verpumpten Buchdrucker geträumt und als die Stunde kam, hob er gar tapfer seine Plinte ab. Aber das Schicksal trachte wohl, die berüchtigte Munition aus der „Wacht“ rauchte, plägte und wirbelte ziel- und haltlos in der Luft herum, aber sie zündete nicht und ließ den reformwütigen Schützen auch nicht im besten Verzuge

zurück. Was sollen wir sie alle wiederholen, diese geistlichen, schamigen Verdächtigungen, die man instematisch unserer Organisation und ihrer wirtschaftlichen Tendenz unterschiebt, zu welchem Zwecke die längst widerlegten Argumente aufs neue entkräften und auf ihr bodenloses Nichts zurückzuführen? Da, wo böser Wille und gleichqualifizierte Absicht vorhanden ist, kann man mit Engeltungen reden: das Resultat ist dasselbe — wir kämpfen vergebens. Es genügt uns mitzutellen, daß ein Buchdruckervertreter die Angriffe nach besten Kräften parierte und so bewirkte, daß nach einer dürftigen Diskussion die von dem Referenten beantragte Billigung des Leipziger Beschlusses gegen zwei Stimmen (die andre Stimme gehörte einem Holzarbeiter, der gegen die Buchdrucker auch noch „einen alten Sturm“ hatte) abgelehnt, dagegen ein anderer Antrag, welcher eine scharfe Beurteilung des fraglichen Beschlusses aussprach, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Sollte man damit noch nicht genug haben, so werden wir auch ferner auf dem Posten sein und unsern Mann stellen.

Werrane. Die hiesige Gewerkschaftskommission, bestehend aus Vertretern der am Orte befindlichen Organisationen der Textilarbeiter, Maurer, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schuhmacher und Buchdrucker, befaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem vom Leipziger Gewerkschaftsartikel gefandten Flugblatte, betreffend den Ausschluß der dortigen organisierten Buchdrucker aus dem Kartell. Nach längerem Referat unserer Kollegen und eingehender Diskussion wurde folgende vom Maurer S. eingebrachte Resolution einstimmig angenommen: Die Gewerkschaftskommission hält den Beschluß des Leipziger Kartells für nicht richtig und betrachtet die organisierten Buchdrucker nach wie vor als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend.

L. Witten. 13. Juni. (Außerordentliche Generalversammlung vom 12. Juni.) Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Aufnahmen; 2. Verlesung der Restantenliste und Ausschluß mehrerer Gewohnheitsrestanten; 3. Rechnungsbericht pro 1. Lu. 1897 und Bericht der Gau- und Ortsreviforen; 4. Vereinsmitteilungen; 5. Ergänzungswahl des Ortsausschusses und Wahl eines Gaurevifors; 6. Erhebung eines obligatorischen Eintrittsgeldes im Betrage von 20 Pf. pro Mitglied für das diesjährige Johannistfest; 7. Vereinsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedankt der erste Vorsitzende Widenmann zunächst in ehrenden Worten der mit Tod abgegangenen Kollegen Hemmelmann und Streckert, zu deren Andenken sich die Anwesenden von den Seiten erheben. Zu Punkt 1. Aufnahmen betreffend, werden ohne Widerspruch der Versammlung acht Kollegen aufgenommen, während drei Aufnahmegesuche einstweilen zurückgestellt wurden. Zu Punkt 2 ergreift zunächst der Vorsitzende das Wort und geißelt in scharfen Ausführungen das Gebahren einiger Mitglieder, die sich trotz energischer Mahnung noch nicht herbeilassen konnten, ihre Reste zu begleichen. Freilich habe die in letzter Versammlung ausgesprochene Drohung mit den schärfsten Maßnahmen auch ihr Gutes zeitigt, indem verschleierte der Gewohnheitsrestanten ihre Reste ganz oder doch zum größten Teile bezahlten, sodas sich die Versammlung genötigt sah, nur gegen ein Mitglied (welches sich trotz wiederholter Mahnung, seine zahlf. Reste zu begleichen, nicht dazu herbeiließ, sondern noch vier dazu machte) den Ausschluß auszusprechen. Gegen eine weitere Anzahl von Mitgliedern soll in dieser Angelegenheit von setten des Vorstandes energisch vorgegangen werden. Bezüglich des gedruckten vorliegenden Rechenschaftsberichtes verweist der Vorsitzende die Mitglieder auf die in ihren Händen befindlichen Rapportettel, auf welchem der Bericht enthalten ist. Hierzu montiert Kollege Schramm das Fehlen der Bibliothek-Strafzettel unter den Entnahmen. Der Vorsitzende berichtet dies dahin, daß die Bibliothekverwaltung den Bericht nicht zur rechten Zeit fertigstellen konnte und derselbe somit erst auf der Abrechnung pro 2. Quartal erscheinen werde. Kollege Strauß wundert sich ebenfalls darüber, daß die Bibliothekare jetzt nicht im stand seien, eine vierteljährliche Abrechnung zu liefern; unter dem früheren ersten Bibliothekar seien doch derartige Sachen nicht vorgekommen und die Abrechnungen sehr pünktlich und gewissenhaft erfolgt. Kollege Hanke fragt zu Punkt „Rechenschaftsbericht“ an, wie es komme, daß unter den Ausgaben 27 Mk. für ein Schreibpult für den ersten Vorsitzenden figuriere; er wundere sich über diese Ausgabe, da doch die früheren Vorstände auch ohne ein solches ausgekommen wären; es sei dies hinausgeworfenes Geld und deshalb moniere er diese Ausgabe. Kollege Widenmann als erster Vorsitzender legte die Gründe der Anschaffung desselben dar und weist darauf hin, wie es bei dem gegenwärtigen hohen Geschäftsgänge für den Vorsitzenden unmöglich sei, die Vereinsfachen, Bücher, Schriften usw., sicher unterzubringen; sodann sei es auch nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit ein eigener Verwalter angestellt werden müsse, für den dieses Inventarstück dann eine absolute Notwendigkeit sei. Wenn die Versammlung die Anschaffungskosten verweigere, dann sei er gern bereit, dieselben auf sich zu nehmen. Die Versammlung bewilligte schließlich die Anschaffungskosten. Nachdem die Gau- und Ortsreviforen Bericht erstattet, nach welchem letztem alles in musterhafter Ordnung befunden wurde, wird dem Verwalter B. B. einstimmig Decharge erteilt. — Unter Vereinsmitteilungen gibt der Vorsitzende u. a. bekannt, daß von setten des Komitees der hiesigen streitenden Hafner Sammelisten an ihn eingegangen seien; er habe

dieselben jedoch zurückgeschickt, da der Ausschuß schon 50 Mk. bewilligt habe. Kollege Kiefer meint, der Hafnerstreik gefalle ihm zwar nicht recht, trotzdem die Hafner um Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen; man solle ihnen aber mehr als 50 Mk. geben, denn die zielbewußten Arbeiter sollten sich gegenseitig unterstützen, man müsse ihnen zeigen, daß die Buchdrucker ihre Zeit begriffen, daß sie noch zielbewußt seien. Kollege Bötsch zieht die rednerische Seite in Betracht; er rät ab, jetzt noch mehr zu geben, da noch verschiedene Summen ausstehend seien; man könne ja event. später noch 50 Mk. geben. Kollege Hanke ist dafür, heute wieder 50 Mk. zu bewilligen. Kollege Setz schließt sich dem Kollegen Hanke an und verweist insbesondere auf den Hamburger Gasenarbeiterstreik, wo sich doch die Opferwilligkeit der Buchdrucker in ihrem vollsten Maße gezeigt habe, wo von den Buchdruckern nahezu 100000 Mk. aufgebracht worden seien. Er schlägt schließlich vor, für heute noch 50 Mk. zu bewilligen, während Kollege Kiefer den Betrag auf 100 Mk. erhöht haben will. Es ist inzwischen ein Antrag eingegangen: „Stelle den Antrag, noch 50 Mk. für die streitenden Hafner zu bewilligen. Genfried.“ Nach Begründung dieses Antrages seitens des Kollegen Genfried wird derselbe mit Mehrheit angenommen. Es entspinnt sich sodann eine mehr persönliche Debatte zwischen den Kollegen Wdhbauer und Kiefer, an der sich auch noch andere Redner beteiligen; schließlich wird konstatiert, daß Kollege Kiefer beim letzten Streik seine Pflicht getan habe. Sodann kommt Kollege Schramm auf die Regelung der Einstellung von Bezahlungen in tarifunreinen Druckereten zu sprechen und wünscht, daß die Gehilfenschaft die Agitation durch entsprechende Flugblätter, Inserate usw. auf eigene Rechnung übernehme; ebenso Kollege Setz, welcher davon abrä, bei jeder Gelegenheit mit den Prinzipalen zusammenzugehen. Es sei eine Inkonsequenz, wenn z. B. im Annoncenteil einer Zeitung Prinzipale Bezahlungen suchen und im reaktionellen Teile derselben Nummer die organisierte Gehilfenschaft die Eltern und Vormünder vor dem Eintritt ihrer Pflegebefohlenen in die betr. Geschäfte warnt. Derartige Sachen sollten unter sich allein machen. Kollege Kiefer: Es ist eine alte Falschache, daß die Prinzipale stets mit dem einen Auge nach dem eisernen Kollegen, mit dem andern nach einer billigen Arbeitskraft, dem Bezahlungen, schielen; er sehe nicht ein, warum in jeder Sache mit den Prinzipalen partiiert werden soll. Kapital und Arbeit würden sich nie vertragen, ebenso wenig wie Feuer und Wasser; er könne sich nur wundern, daß es noch Kollegen gebe, die an eine derartige Harmonie glauben. Man solle sein Augenmerk mehr auf die Umänderung der heutigen Produktionsweise lenken. Er wünsche nur, daß die Gehilfenschaft in dieser Angelegenheit nichts unternehme, sondern den Prinzipalen freie Hand lasse; nach dem Handeln der Prinzipale solle die Gehilfenschaft ihre Maßnahmen treffen. — Man schreitet nunmehr zur Ergänzungswahl des Ortsausschusses und Wahl eines Gaurevifors. An Stelle des abgereisten Ortsrevifors Schirmmacher wird Kollege Koepfen mit 38 Stimmen gewählt, als Gaurevifor Kollege M. Schmidt mit 50 Stimmen. — Eine lange Debatte ruft Punkt 6: Obligatorisches Eintrittsgeld im Betrage von 20 Pf. pro Mitglied zum diesjährigen Johannistfest, hervor. Der Vorsitzende referiert über letzteres und empfiehlt der Versammlung die vom Ausschuß und der hierzu ernannten Kommission aufgestellten Eintrittspreise. Derselben sollten nach Ausschlußbeschlusse betragen: Mitglieder 20 Pf. mit einer Dame frei, jede weitere Dame in Begleitung eines Mitgliedes 20 Pf., Abend-Entree à Person 50 Pf., ebenso Vorderkauffarten à 50 Pf. Der Vorsitzende führte u. a. aus, daß das Fest für dieses Jahr ein würdiges werden solle, und da die entsprechenden Druckkosten, Festball usw. erhebliche Kosten verursachen, so sei die Kommission zu dem Entschlusse gekommen, alle Mitglieder gleichmäßig heranzuziehen. Kollege Meyer wundert sich über die obligatorische Erhebung eines Eintrittsgeldes. Unsere Mitglieder hätten ganz andere Pflichten, obligatorisch zu zahlen, als zu einem Feste, das wir selbst veranstalten; er warne ganz entschieden vor einem Obligatorium. In eben diesem Sinne spricht sich Kollege Köbel aus, während Kollege Kiefer den Vorwurf des Kollegen Meyer betr. Obligatorium zurückweist. Betreffs des letztem sei wohl die Kommission von der Erwägung ausgegangen, daß der Eintritt von 20 Pf. die Kosten des Festes in etwas verringere und ferner sollte in anbetragt, daß fremde Gäste einen erhöhten Eintritt bezahlen müssen, auch die Mitglieder Entgegenkommen zeigen und 20 Pf. Eintritt bezahlen. Kollege Hanke ist gegen ein Obligatorium in dieser Weise. Es habe sich im Laufe des heutigen Abends verschiedentlich gezeigt, daß Geld genug da sei; wenn für andere Zwecke Geld da sei, warum nicht auch für dieses Fest. Zum Schlusse stellt Redner den Antrag: „Stelle den Antrag, von jeder Extra-Beitragsverhebung zum Johannistfest abzusehen. Jedes Mitglied hat freien Zutritt. Danke.“ Sodann begründet Redner nochmals seinen Antrag und hofft, daß man durch Fortlassung des Obligatoriums allen Mitgliedern entgegenkomme. In dem gleichen Sinne spricht sich noch Kollege Schnitzer aus. Die nunmehr erfolgte Abstimmung ergibt die Ablehnung des Obligatoriums gegen 12 Stimmen. Eine fernere Debatte entspinnt sich bei Punkt Johannistfest noch über die Lokalfrage. Der Vorsitzende ist mit verschiedenen hiesigen Gaalbesitzern in Unterhandlung getreten, so u. a. mit dem Löwenbräuteller, Gabelbergkeller, Kolosseum

usw., und zu dem Schlusse gekommen, daß das erstgenannte Lokal für uns das passendste sei, da für diesen Abend das gesamte Etablissement dem Ortsvereine zur Verfügung steht. Trotz Hinweis verschiedener Redner auf die Lokalität ist die Stimmung der Versammlung für Abhaltung des Festes im Löwenbräu Keller und wird sich der Vorsitzende namentlich mit dem Pächter dieses Etablissements in Verbindung setzen. — Unter Vereinsangelegenheiten (Fragekasten) liegt nichts vor und schließt der Vorsitzende die leider nur schwach besuchte Versammlung um 1 Uhr nachts.

r. München (Beripat). Am 29. Mai fand eine Allgemeine Maschinenmeisterversammlung statt, die sich mit dem bevorstehenden Maschinenmeisterkongresse befaßte. Obwohl der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig ließ (was man ja bei den hiesigen Maschinenmeistern gewohnt ist; Der Schriftführer), griff eine rege Aussprache über diesen für uns so wichtigen Punkt Platz. Zunächst streifte der den Vorsitz führende Kollege Hisinger kurz unsere Lage, wobei er erwähnte, daß seit dem Jahr 1886 für uns Maschinenmeister sehr wenig gethan worden, ja in den uns bei der letzten Tarifverhandlung auferlegten Klauseln im § 31 eher ein Rückschritt als ein Fortschritt zu erblicken sei. Sämtliche Redner sprachen mit aller Energie gegen lepton Paragraphen. Derselbe sei für uns ein Unikum, dessen Anhängel nicht im Interesse des Verbandes sein könnten und sein dürften; insbesondere müßte auch die Regelung des Lehrlingswesens — als unser größter Krebsbissen —, das Bedienen mehrerer Maschinen wie das Ueberstundenwesen im Tarife scharf begrenzt sein. Der stiftende Delegiertentag habe auf diese Punkte sein größtes Augenmerk zu richten. Schließlich fand nachstehende, vom Kollegen Altermann unterbreitete Resolution einstimmig Annahme: „Die heute am 29. Mai 1897 im Restaurant St. Peter stattfindende Allgemeine Maschinenmeisterversammlung erklärt sich mit der Besichtigung des Delegiertentages in Halle einverstanden und wünscht, daß dort etwas Ersprießliches für die Maschinenmeister geschaffen wird, insbesondere die im § 31 des Tarifs enthaltenen Klauseln für die Drucker und Maschinenmeister beseitigt werden.“ — Zum Schlusse wurde auf Antrag des Kollegen Ruoff eine Kommission von fünf Kollegen gewählt, die sich mit den Provinzstädten in Verbindung zu setzen haben, um deren Wünsche und weiteres Material einer später stattfindenden Versammlung zu unterbreiten, und um dem zu wählenden Delegierten ausgiebiges Material mit auf den Weg geben zu können. Gewählt wurden sodann in diese Kommission die Kollegen: Treffurt, Altermann, Nitzinger, Ernst und Robert Ott.

K. S. München. Mehr Unverstand als Böswilligkeit scheint den „Einberufer Franz Klöcker“ veranlaßt zu haben, selbständige Versammlungen einzuberufen, in denen über Verbandsangelegenheiten beraten und Beschlüsse für eine Reorganisation des Verbandes“ gefaßt werden sollen. Wenn Sie, Herr Klöcker, „mit der jetzigen Taktik der Verbandsführung nicht einverstanden“ sind, so veranlassen Sie gefälligst in den Versammlungen des Verbandes die Mitglieder zu einer diebezüglichen Beschlusfassung, geben Sie die Mittel und Wege an, was Sie an Stelle der heutigen Taktik des Verbandes (nicht der Verbandsführung) gesetzt wissen wollen. Mit der event. Beschlusfassung einer Verbandsmitglieder-Versammlung haben Sie sich zu beschließen, aber kein Recht, außerhalb des Rahmens der Organisation selbständige Akte zu fördern und praktische Maßnahmen zu beschließen, durch die eine gedeihliche Arbeit der Organisation und die Einigkeit der Kollegen möglichst gründlich zerstört werden kann. Wir stehen jetzt vor dem dreißigsten Stiftungsfeste der Münchener Mitgliedschaft, in diesen 30 Jahren ist es aber noch nie erhört worden, daß bezüglich der Beschlüsse des Verbandes nur das zur Nischschnur unserer gemeinsamen Tätigkeit zu machen ist, was dem Einzelnen gerade paßt. Die Münchener Verbandskollegen, die Sie zu Ihrer „Versammlung“ mit „Verichterstattung“ des Herrn Alois Riefer eingeladen haben, verschmähen es, an dieser Hanswurftade teilzunehmen, werden vielmehr Ihnen die Antwort auf dieses verbandschädigende Treiben nicht schuldig bleiben. Auch wir wollen den Fortschritt und die Freiheit, aber auf Grundlage einheitlichen Zusammenarbeitens und unter Respektierung derjenigen Mittel und Wege, die der Gesamtwille der Kollegenschaft uns an die Hand gegeben und vorgezeichnet hat.

Schwern i. M., 16. Juni. Vom herrlichsten Wetter begünstigt, fand am ersten und zweiten Pfingstfertage hierseits die Fete des fünfundsanzigjährigen Jubiläums der Vereinigung der Gau Westfalen und Lippe statt. Zu diesem Feste waren Kollegen aus Lübeck, Bismar, Ludwigslust, Neustrelitz, Rostock, Parchim, Güstrow, Grabow, Neubrandenburg, Grevesmühlen, sowie früher im Gau funktionierende Kollegen aus Kiel und Brandenburg, teils mit, teils ohne Damen zahlreich erschienen. Die Werbung der auswärtigen Kollegen traf am ersten Pfingstfestmorgen ein und wurden dieselben von mehreren hiesigen Mitgliedern empfangen. Der Willkommenschoppen, welcher in Rendorfs Garten eingenommen wurde, mündete allen Erschienenen vortrefflich und mancher Kollege bedurfte deren verschiedene, um nur einigermaßen den auf der langen Reise erlittenen Durst zu stillen. Nachmittags unternahm man einen Spaziergang durch den Schlossgarten und vereinigte sich wieder in dem Garten der Brauerei Paulshöhe. Gegen 7 Uhr abends begaben

sich die Teilnehmer nach Feltmanns Bier-Auskant, woselbst der Festkommers in folgender Weise stattfand. Einleitend brachte die gutgeschulte Gesangsabteilung das Lied: „heil Gutenberg“ zu Gehör, welches lohnenden Beifall fand. Mit einem herzlichen Willkommen an alle Anwesenden eröffnete der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins E. Boddien den Kommers. Hierauf hielt der Gauvorsitzer Fr. Böcker die Festrede, in welcher er auf die Gründung der Buchdruckerhilfsvereinigungen in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren, in besonderem auf das Entstehen des Gaus, das Bestreben und die Erfolge desselben hinwies. Mit dem Wunsche, daß auch fernerhin alle Kollegen treu zum Verbands halten möchten, brachte er auf das weitere Blühen und Gedeihen des Gaus ein Hoch aus, in welches die Festteilnehmer begeistert einstimmten. Den Gau- sowie den hiesigen Ortsvorstand bedachte man im Laufe des Abends mit je einem Hoch. Am Kommerabend liefen folgende Telegramme und Glückwünsche ein: vom Verbandsvorstand und Vorstand des Gaus Nordwest, Herrn Diez-Stuttgart (1872 bei der Vereinigung der Gau mit thätig), Neustrelitzer Ortsverein, Kollegen Janßen, Beder, Klöding und Köhler in Hamburg, Buchholz, Tiedke und Witt in Bismar, Alch in Neustrelitz, A. Pechel und Th. Ollenschläger in Kiel und G. Hamburg in Viefelsfeld. Bei Verlesung der Telegramme und Glückwünsche wurde die Festesitimmung noch gehobener und manches Glas edlen Gerstenjaßes auf Aller Wohl geleert. Für Festlieder zum Kommers und zur Tafel war in liebenswürdigster Weise von diversen Ortsvereinen gesorgt. Die Vorträge der Gesangsabteilung sowie die gemeinsam gesungenen humoristischen Festgesänge, verfaßt von R. Müller, und andere von Kollegen gewidmete Lieder fanden allgemeinen Anklang. In später Stunde trennte man sich mit dem frohen Bewußtsein, am andern Tage sich wiedersehen und das Fest fortsetzen zu können. — Die am zweiten Pfingstmorgen angelegte Rundfahrt auf dem Schwerner See sowie die Festtafel, Konzert und der darauffolgende Ball erfreuten sich einer großen Beteiligung. Nur zu früh mußten die auswärtigen Gäste von hier scheiden; mögen allen Festteilnehmern die hier verlebten frohen Stunden noch lang in Erinnerung bleiben.

Stuttgart. In der am Samstag, den 12. Juni, abgehaltenen Mitgliedschaftsversammlung machte der Vertrauensmann auf den Rechenschaftsbericht des Verbandes aufmerksam, welcher wiederum bewies, daß wir an Leistungen verschiedener Art allen anderen Gewerkschaften ein schönes Vorbild geben. Trotz der Schwierigkeiten, die sich uns im abgelaufenen Jahr in den Weg gestellt, sei die Mitgliederzahl gestiegen. Weiter gibt Redner bekannt, daß unser Verwalter, Kollege Knie, als Vorstand des hiesigen Ortsfrankensassenverbandes gewählt worden sei. Bezüglich der Fete des Johannistages bringt der Vorsitzende die Grundzüge des Programms zur Kenntnis, ebenso die Einladungen von Pforzheim, Heilbronn und Friedriehshafen. Schließlich fordert Redner die Maschinenmeister auf, angesichts des bevorstehenden Maschinenmeisterkongresses sich aufzuraffen, damit ihren Wünschen und Forderungen entsprochen werden könne. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung erstattet Kollege Knie Bericht sowohl über die Gauvorsitzerkonferenz wie über die Sitzung des Tarif-Ausschusses. (Ueber beides ist wohl genügend berichtet im Corr.). An die Berichtserstattung schloß sich eine Debatte an, bei der von einer Seite bedauert wird, daß „oben“ jede andre Meinung als schädlich angesehen werde, obwohl es möglich gewesen wäre, andere Wege einzuschlagen. Die bisherigen Erfahrungen mit den Arbeitsnachweisen bewiesen, daß wir einen falschen Weg eingeschlagen hätten, weil die Prinzipale darauf pflügen: Streikbrecher würden ihnen stets willkommen sein, sobald sie gegen den Verband ausgehelt werden könnten. Auch in Bezug auf Normen für Maschinenpaß gehe die Taktik der Prinzipale darauf aus, die Sache hinauszuschleppen, um ihre Interessen zu fördern und die Gehilfen zu schädigen. Auch das Tarif-Amt sei nur ein Mittel, die Gehilfen in Schach zu halten. Es sei daher richtig, diese Anhängel zu bekämpfen, denn unsere Bewegungsfreiheit dürften wir nicht preisgeben. Durch Erteilung der Generalvollmacht an den Zentralvorstand, nach Belieben auszuschießen, sei das Statut verletzt. Preussischer Unteroffiziersladavergehorjam dürfe nicht Mode werden. Von einem andern Redner wird noch getadelt, daß sich der Zentralvorstand am sozialpolitischen Vereine beteilige. Ebenso sei es ein verwerfliches Spiel, daß Versammlungen und Gantage entweder durch den Zentralvorstand selbst oder durch Vertreter desselben beeinflusst würden. Hierauf wird entgegengehalten, daß es Pflicht des Vorstandes sei, die Gantage aufzuklären. Man höre im Uebrigen wohl viele „wenn“ und „aber“, aber nicht ein einziger positiver Vorschlag werde gemacht. Die Segenmächnfrage habe mit der Tarifgemeinschaft absolut nichts zu thun, denn die Segenmächn wäre so wie so gekommen. Die Gewerkschaften brauchen auch Ruhe, nicht immerwährenden Kampf. Die Tarifgemeinschaft bringe uns vorwärts. Trotz derselben würden die Gehilfen ihren Mann stellen, wenn es gelte. Auch die angenommene Resolution der Gauvorsitzer sei nicht gegen das Statut. Alsdann wird dieser Punkt verlassen und zum Berichte der Gewerkschaftskommission übergegangen, wobei u. a. die in Nr. 63 des Corr. abgedruckte Resolution Silberbrand erwähnt und derselben zugestimmt wurde. Unter Punkt 4 gibt Kollege Knie Ausschluß über die Verhandlungen

mit dem Südd. Verlagsinstitut und den bisherigen Verlauf der ganzen Angelegenheit. In längerer Ausföhrungen resapituliert Kollege Knie die einzelnen Absätze und Vorgänge und verweist auf ein von zwei stehengebliebenen „Kollegen“ herausgegebenes Flugblatt, worin die größten Unwahrheiten enthalten seien. Diese Herren hätten sich nicht gehütet, die Einstellung von Lehrlingen gutzuheißen, wodurch allerdings diese „treuen Diener“ sich genügend gekennzeichnet hätten. Die Namen derselben sind laut Unterschrift im Flugblatte: B. Hinderer, Maschinenmeister, und Fr. Müller, Schriftsetzer, geprüfter Lehrer der Stenographie. Der Vertrauensmann stellt hierauf den Antrag auf Ausschluß der beiden Herren, welcher einstimmig angenommen wurde, worauf Kollege Knie konstatiert, daß gleich der erste Satz des Flugblattes, betitelt: „Zur Steuer der Wahrheit und unter Zustimmung einer Anzahl Mitglieder des Verbandes usw.“ eine Klage sei, denn wenn Mitglieder Interesse an diesem Flugblatte hätten, wären sie doch auch in die Versammlung gekommen. Unter „Offene Fragen“ werden noch einige Fragen lokaler Natur beantwortet, worauf der Vorsitzende unter anerkennenden Worten für den würdigen Verlauf die Versammlung schließt.

Rundschau.

Die Leipziger Volkszeitung. Wie den Lesern des Corr. schon kurz mitgeteilt wurde, ist den Leipziger Kollegen der Geduldsfaden gerissen gegenüber dem hiesigen Arbeiterblatte. Namentlich hat hierzu die neuzeitliche tendenziöse, den Tatsachen widersprechende Behandlung unserer Organisationsangelegenheiten durch dieses Blatt beigetragen, wodurch die Erbitterung der Leipziger Kollegen gegen dasselbe aufs höchste gestiegen ist. Leider sind es auch hier wieder Buchdrucker, die als Redakteure kleinliche, persönliche Geheißigkeiten über das für ein Arbeiterblatt — und noch dazu bei der heutigen Lage in Deutschland — geltende Prinzip stellen. Der persönliche Kampf der Volkszeitungs-Redakteure gegen die Buchdruckerorganisation scheint aber die Herren noch nicht zu befriedigen. Sie hänseln mit Gott und der Welt an, nur um von sich reden zu machen. Wir ersehen dies aus einer Notiz in der Säch. Arbeiterztg., welche schreibt: „Die Leipziger Volkszeitung hat es sich zur speziellen Aufgabe gemacht, unwahre Mitteilungen über unsere Redaktionsverhältnisse in die Öffentlichkeit zu bringen. Sie thut dies trotz unserer Ermahnungen und Verwarnungen. Indem wir uns vornehmen, diese Mischgeschichten der Leipz. Volksztg., deren Zweck für Uneingeweihte recht dunkel, für Eingeweihte aber nicht schwer zu erraten ist, bei anderer Gelegenheit nach Gebühr zu kennzeichnen, machen wir für diesen und spätere Fälle die Parteipresse auf die Enten der Leipziger Volkszeitung aufmerksam, damit kein Parteiblatt auf die Lügnachrichten 'reinfällt.'“

Grober Unfug. Als solchen müssen wir die „Berichtigung“ des Herrn Wasch bezeichnen, die er dem zum „Bourgeoisblatte“ heruntergekommenen Correspondenten“ zugehen ließ bzw. persönlich abgab. Wie viele Dupendmale ist in der Nacht zu lesen, daß er seiner abweichenden Meinung, d. h. seiner Gegnerschaft in der Frage der Tarifgemeinschaft halber aus dem Verband ausgeschloffen worden sei, oder hat vielleicht Herr Wasch jemals zugegeben, daß die von ihm beliebte persönliche Hege gegen den Verband und die Verbandsleitung die Ursache seines Ausschusses war? Daß Wasch nicht „sämtliche Vorstandspersonen“ heruntergerissen hat, kann ja zutreffend sein, denn es gibt ja auch oppositionelle Vorstandspersonen, die er selbstverständlich ausnimmt. Daß er den Kollegen Löschke bloß „Herrchen“, nicht „junges Herrchen“ tituliert haben will, eine solche „Berichtigung“ ist geradezu kindlich. Unter einem „Herrchen“ versteht jeder Mensch ganz selbstverständlich eine jüngere Person. Uebrigens hat die am Sonnabend in Halle tagende allgemeine Buchdruckerversammlung, in welcher verschiedene Parteibertrater anwesend waren, ausdrücklich konstatiert, daß Wasch gegen den Kollegen Löschke obige Bezeichnung gewählt hat. Letzterer versicherte uns persönlich, daß er es unter seiner Würde halte, für die seine Person angehenden Behauptungen des Herrn Wasch denselben der Ehre einer Berichtigung zu würdigen.

Ein erstrebenswertes Eldorado für so manchen „armen“ Buchdruckerbesitzer muß sicher die Druckerei von Barqa & Groß in Budapest — die unsers Wissens ihresgleichen in Deutschland noch nicht gefunden hat — sein. Dort werden bei keinem Gehilfen 45 Lehrlinge in einem sonst unüberwindlichen finstern Keller mit einem Lüftungsmechanismus versehen, der die Luftzeit in die Wehrtien der schwarzen Kunst eingeführt und diese zeitlich uneingeschränkte Arbeitseistung mit „Kost und Quartier“ oder 2 bis 10 fl. monatlich entschädigt. Lehrlinge „im Bohn“ erhalten noch für geleistete Ueberarbeit pro Stunde einen Kreuzer. Als Hilfsarbeiter dienen dreizehnjährige Knaben unter gleichen barbarischen Verhältnissen, wozu letzteren es zuzuschreiben ist, daß einem als Einleger vermeneten Knaben durch seinen zum Antriebe der Maschine bestellten Altersgenossen insolge Klud- statt Borkwitsbewegung der Maschine zwei Finger der linken Hand abgequetscht wurden und der Unglückliche statt schneller ärztlicher Hilfe noch einen — „Färing“ bekam. Wohlthätige

Fortsetzung in der Beilage.